
Drei Legislaturperioden später ist der Bierdeckel wieder da, und zwar dieses Mal im Einwanderungsrecht und dabei speziell im Bereich der Arbeitsmigration. Denn ein Hauptargument in der Debatte um ein Einwanderungsgesetz ist eine von vielen in diesem Bereich tätigen Akteure – beklagte Komplexität. Um Deutschland im Wettbewerb um internationale Fachkräfte fit zu machen, müßte man, so die Argumentation, das deutsche Recht radikal vereinfachen.

Der Wunsch nach Regeln, die so einfach, klar und überschaubar sind, daß sie auf einen Bierdeckel passen, ist nachvollziehbar. Doch ebenso wie sich die Steuererklärung auf dem Bierdeckel letztendlich als 'Schnäpsidee' erwiesen hat, dürfte auch die Idee eines Bierdeckeleinwanderungsgesetzes nicht umsetzbar sein. Dafür sprechen zwei Gründe: Zum einen hat im Bereich des Einwanderungsrechts mittlerweile die Europäische Union zahlreiche Vorgaben formuliert, die beachtensichtigen werden müssen. Zu diesen Vorgaben gehören etwa die Richtlinie zur Blauen Karte für die Zuwanderung hochqualifizierter ebenso wie drei weitere Richtlinien aus dem Bereich der Arbeitsmigration, die ein umfangreiches und erst vor kurzem im Kabinett beschlossenes Gesetzespaket in deutsches Recht umsetzen soll. Ein wesentlicher Teil der Komplexität im deutschen Recht ist damit auf den Prozeß der europäischen Harmonisierung in der Migrationspolitik zurückzuführen und läßt sich nicht über ein auf der nationalen Ebene beschlossenes Einwanderungsgesetz zurückbauen. Die Europäisierung des Migrationsrechts selbst ist dabei nicht das Problem. Sie ist richtig und wichtig, auch wenn gerade das letzte Richtlinienpaket sehr kompliziert und bürokratisch erscheint.

Zum anderen wecken aber auch rechts- politische Erwägungen Zweifel an der Idee eines Bierdeckeleinwanderungsgesetzes. Einfache Gesetze haben einen Preis. Sie müssen, gerade weil sie darauf verzichten, Details im Gesetz zu regeln, der Verwaltung größere Handlungsspielräume einräumen. Bis auf die Größe eines Bierdeckels abgemagerte Gesetze gehen also unweigerlich zu Lasten der Rechtssicherheit. Gerade die Geschichte des Ausländerrechts zeigt aber, daß eine größere Handlungsfreiheit der Verwaltung vor allem für Streit und eine unklare Rechtslage sorgt. Entsprechend wird mit einem solchen Gesetz womöglich genau das Gegenteil von dem erreicht, was man eigentlich schaffen wollte.

Gegen die Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes, das die über die Jahre stark gewachsene Zahl von Möglichkeiten, als Arbeitnehmer nach Deutschland zu kommen, systematisieren und auch ein Stück weit vereinfachen und passgenau ergänzen würde, spricht dies natürlich nicht. Der Bierdeckel sollte allerdings in der Kneipe bleiben, und auch wenn man manchmal in der Kneipe die besten Ideen hat, sollte man ein Einwanderungsgesetz dort nicht schreiben.

Der Autor ist Vorsitzender des Sächsischen Verstehenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR)